

# Nazis im Landtag als Young-Knechte entlarvt!

## SPD. stimmt gegen Aufhebung des RFB-Verbots

Vapen, Haas und Warmbold sind die reaktionärsten Vertreter des herrschenden „Systems“. Der General Schleicher wurde vor einiger Zeit noch von den Nazis mit dem Schimpfnamen „Barogeneral“ belegt. Heute lahmhandelt die Nazis mit diesen politischen Vertrauensleuten des deutschen Finanzkapitals um die Ministerposten.

In der Deklaration des Zentralkomitees der KPD. gegen Versailles und Young wurde die Anklage gegen die Hitlerpartei erhoben:

„Hitlers Auftraggeber, die wirklichen Führer der Sachfrontpartei — das sind die unbarmerzigen Lohnräuber, die Bankherren und die feudalen Großgrundbesitzer. Wo die Hitlerfaschisten regieren, sind sie die zuverlässigsten Träger der Young- und Notverordnungspolitik. Ihr angeblicher Kampf gegen das „fremde Kapital“ verschleierte nur ihre Rolle als Streikbrechergarde und Schutztruppe der deutschen Kapitalisten, der Schwerindustriellen, Junker und Börzenkönige.“

Die Nationalsozialisten, durch die Postenversprechungen schon auf Hebel und Berber mit der Regierung Vapen-Schleicher verbrüdet, haben gestern im Landtag durch ihre Flucht vor dem kommunistischen Antrag auf Einstellung der Youngzahlungen und aller Tribute sich als offene Youngknechte im Dienste des herrschenden „Systems“ entlarvt. Je näher die Nazis den Ministerposten kommen, desto mehr fallen die Hülsen ihrer reaktionären Versprechungen.

Die Nazis denken nicht im Traume an einen wirklichen Kampf gegen die Young-Ausbeutung, an einen Kampf gegen den Abbau der Löhne und Unterstellungen, gegen die Fülle und Massenentern, was der einzig wirkliche Kampf gegen die deutschen und internationalen Ausbeuter ist.

Die Hitlerpartei ist die faschistische Terrororganisation der Bourgeoisie. Sie will nach den Neuwahlen ihre Herrschaft im Dienste der Volksausbeuter durch faschistische Verfassungsänderungen befestigen, wenn gegen ihre praktischen Taten die Empörung der verratenen Naziwähler entzündet wird. Dieses Erwachen wird kommen!

Die kommunistische Partei hat der Diktaturregierung Vapen-Schleicher sofort den Kampf bis zum äußersten angelegt. Die kommunistische Partei hat ihren Kampf zur antifaschistischen Aktion an die Millionenmassen der deutschen Arbeiter und Werktätigen ohne Parteiunterschied gerichtet, weil sie ehrlich den gemeinsamen Massenkampf gegen die faschistische Gefahr will.

Das Leben, die Existenz und die sozialistische Zukunft der deutschen Arbeiterschaft erfordern den führenden entschlossenen Einsatz der proletarischen Klassenfront gegen die faschistische Terrorherrschaft und die Diktatur der Millionäre.

Die Auflösung des Reichstages bietet für die Kommunisten eine neue Gelegenheit zur außerparlamentarischen Aufrüttelung und Mobilisierung der ausgebeuteten Massen. Die Reichstagswahlen sind nur ein Teil unserer großen antifaschistischen Aktion, die sich über die Reichstagswahlen hinaus die Entfaltung des antifaschistischen und antikapitalistischen Kampfes der Arbeiter in allen Formen zur entscheidenden Aufgabe macht.

Die Schaffung von Einheitsausschüssen der antifaschistischen Aktion gemeinsam mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die Formierung des überparteilichen roten Massenfrontbundes an allen Betrieben und an den Stempelstellen, der Kampf für die Rückgängigmachung des Abbaus der Wohlstandsunterstützung und zur Verhinderung jedes Abbaus der Erwerbslosenunterstützung, der Widerstand gegen jeden Lohnabbau, der gemeinsame Kampf mit den sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeitern gegen jeden Naziterror und für den Schutz der Arbeiterwohnungen — das sind Teile der mächtigen roten Einheitsfrontbewegung der antifaschistischen Aktion.

Jener Bewegung, die alle Kampfmethoden bis zum politischen Massenstreik gegen die Anschläge der faschistischen Reaktion anwendet!

Die kommunistische Partei verstärkt ihre revolutionäre proletarische Klassenpolitik, die durch die Ereignisse der letzten Wochen rollauf bekräftigt wurde. Nach der Reichstagsauflösung höher in Stadt und Land die Fahne des Kommunismus! Unter dem einzigen Sturmbanner der sozialen und nationalen Befreiung der deutschen, notleidenden Massen vorwärts zu neuen Siegen!

## Vapen wollte mit der SPD. regieren!

Der Zentrumsvorsitzende Kaas hat an den Reichskanzler v. Vapen in einem offenen Brief geantwortet, warum das Zentrum die Vapenregierung nicht unterstützen könne. Tatsächlich unterschreibt jedoch Kaas zumutend die von Vapen veröffentlichten „Grundsätze des Christentums“ und die „vaterländische Aktion“. Aus dem Brief des Zentrumsführers ergibt sich, daß Vapen ursprünglich seinen Diktaturplan gemeinsam mit der SPD. durchführen wollte. Es heißt wörtlich:

„Sie selbst, verehrter Herr Reichskanzler, haben mir seinerzeit... ausdrücklich erklärt, daß zu einer nationalen Konzentration auch prominente Männer der Linken, selbst der sozialdemokratischen Linken gehören sollten.“

Die Bourgeoisie weiß, daß sie sich auf ihre SPD.-Führer verlassen kann! Die von SPD.-Helmann im Landtag angekündigte „nationale Opposition“ der SPD. ist eine praktische Hilfsleistung für die Regierung der Generale und Junker. Wenn Kapp mit Seevering regieren wollte, warum sollte Vapen nicht dasselbe versuchen?

## Bremer SPD.-Polizei besetzt Parteihaus

Bremen, 3. Juni (Eig. Drahtbericht.). Heute mittag, 12 Uhr, erschienen die Bremer Polizei mit vier Ueberfallkommandos und 12 Kriminalbeamten und besetzten das Parteihaus. Zämtliche Ein- und Ausgänge wurden durch Doppelposten der grünen Polizei besetzt gehalten. Vor dem Parteihaus steht eine große Menschenmenge und protestiert gegen die Besetzung ihres Parteihauses. Die Polizei ging gegen die Menge vor. Es wurden Verhaftungen vorgenommen. Zur Zeit ist das Haus noch besetzt. Der Verantwortliche für die Polizei ist der Sozialdemokrat Senator Kleemann.

In der gestrigen Landtags-Sitzung wurde nach Beendigung der politischen Aussprache, in der die Genossen Kaiser und Koenen die Demagogie der Nazis noch einmal geklärt entlarvten, über die vorliegenden Anträge abgestimmt. Diese Abstimmung zeigte die Nazis wieder einmal unverhüllt als getreue Knechte des Youngkapitals.

Zuerst wurde der Antrag der Deutschen Nationalen, die alte Geschäftsordnung wiederherzustellen, mit 212 Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und des Zentrums gegen 208 Stimmen der Deutschnationalen und Nazis abgelehnt. Der kommunistische Mißtrauensantrag gegen die Braun-Seevering-Regierung wurde mit 252 Stimmen angenommen. SPD., Zentrum und Staatspartei enthielten sich der Stimme.

Dagegen war die Einheitsfront aller Arbeiterfeinde hergestellt bei dem kommunistischen Antrag, das Verbot des RFB. aufzuheben. Gegen diesen Antrag stimmten alle Parteien von SPD. bis Nazis. Die kommunistische Fraktion beantwortete dieses Schandstück mit einem dreimaligen „Rot Front!“

Nunmehr sollte der kommunistische Antrag auf Einstellung der Youngzahlungen sowie aller privaten Zinszahlungen abgestimmt werden. Zentrum und Nazis drückten sich unter jadenstimmigen Ausreden vor der Abstimmung und ver-

ließen den Sitzungssaal. Dadurch wurde der Landtag beschlußunfähig und die Sitzung flog auf.

Für die Einstellung der Young- und Tributzahlungen stimmten also nur die Kommunisten.

Nach dem Aufstehen der Sitzung beantragte die kommunistische Fraktion sofortige Einberufung einer neuen Sitzung. Die Koalitionspartner von morgen, Nazis und Zentrum, lehnten dies gemeinsam ab. Sie taten dies, um die Abstimmung über die vorliegenden wichtigen Anträge der Kommunisten zu verhindern. Vor allem der Antrag, daß der Landtag der Vapenregierung das schärfste Mißtrauen ausspricht, sollte nicht abgestimmt werden. Nazis und Zentrum hatten es wohlweislich unterlassen, zu diesem Antrag überhaupt Stellung zu nehmen.

Unter den anderen Anträgen, die jetzt nicht abgestimmt werden konnten, befindet sich der Antrag auf Einstellung aller Zahlungen an die Hohenzollern und Entziehung der Fürsten, der Antrag auf Ausweisung der russischen Weißgardisten und der Antrag, daß die Delegation der Reichsregierung in Genf für die Abrüstungsverträge der Sowjetdelegation stimmen sollte.

Der Landtag wird voraussichtlich vor dem 21. Juni nicht wieder zusammentreten.

(Genauer Bericht siehe Seite 4)

# Die Antifaschistische Aktion siegt

## Nazi-Bogrome in Breslau — KPD., SPD.- und Reichsbannerarbeiter finden sich in der kämpfenden Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion

Breslau, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Seit Tagen ziehen die Nazis dauernd in großen Kolonnen durch die Breslauer Innenstadt und rumpeln Arbeiter an. Gestern erreichten ihre Ausschreitungen den Höhepunkt. Mit Steinen, Stöcken und anderen Hieb- und Stichwaffen belagerten sie das Garburo des Reichsbanners. Die Reichsbannerarbeiter telephonierten in die Lokale der Kommunisten um Hilfe. Sofort rückten aus allen proletarischen Stadtvierteln die kommunistischen Arbeiter im Sturmschritt und auf Jahrbüchern an und hielten im Kampf die Einheitsfront mit den Reichsbanner- und sozialdemokratischen Arbeitern her. Es kam zu schweren Zusammenstößen, bei denen mehrere Arbeiter und 17 Nationalsozialisten verletzt wurden.

Schließlich griff ein großes Kommando Schutzpolizei ein, trieb aber nicht erst die braunen Angreifer zurück, sondern ging gegen die Arbeiter vor. Aber schon vorher war der Angriff der Nazis abgeklungen.

Ihre barbarische Roheit kennzeichnet der Ueberfall auf ein junges, jüdisch aussehendes Mädchen, das der Naturfreunde-bewegung angehört. Sie wurde mit derartiger Wucht über den Schödel geschlagen und in den Leib getreten, daß sie schwer verletzt beunruhigend zusammenbrach.

## Zwei Hamburger Massentunnegebungen

Hamburg, 3. Juni (Eig. Bericht.). Heute abend fand im größten Saal Hamburgs, in den Ausstellungshallen im Zoo, eine riesige Massentunnegebung der KPD. im Zeichen der Antifaschistischen Aktion statt, in der Genosse Schnellert unter braujendem Jubel sprach. Zum zweiten Male innerhalb acht Tagen sind die Ausstellungshallen überfüllt. Zur gleichen Zeit fand im Konventgarten, einem der

größten Säle Hamburgs, ebenfalls eine Massentunnegebung statt. Der Vorsitzende der Hamburger SPD., der öffentlich aufgefordert war, seine Politik vor den Massen zu verteidigen, hatte es vorzuziehen, seine Hände zu kneten. Diese Massenversammlungen der Hamburger revolutionären Arbeiterschaft sind ein glänzender Auftakt der Antifaschistischen Aktion.

## Kampfausbruch mit Reichsbanner

Stuttgart, 3. Juni. Hier führte die kommunistische Partei eine überfüllte Massenversammlung im Zeichen der Antifaschistischen Aktion durch, in der ein Kampfausbruch unter großer Begeisterung das grandiose Aufbauwort im sozialistischen Vaterland schiederte. Mehrere Arbeiter wurden Mitglied der KPD.

Boizenburg, 3. Juni. In einer öffentlichen Versammlung der KPD. sprachen mehrere sozialdemokratische Arbeiter in der Diskussion über die Notwendigkeit der roten Einheitsfront gegen den Faschismus. Ein Kampfausbruch, in dem ein SPD.-Arbeiter, drei Reichsbannerarbeiter sowie kommunistische und parteilose Arbeiter vertreten sind, wurde gewährt.

Hannover, 3. Juni. Der bei dem Naziüberfall im Landtag verletzte Genosse Krüger sprach hier in einer überfüllten Massentunnegebung der Antifaschistischen Aktion. Mit den Stimmen der zahlreich anwesenden Reichsbanner- und SPD.-Arbeiter wurde einstimmig eine Kampfeinheitsfront gegen den Faschismus angenommen.

## Chemafiger SPD.-Abgeordneter tritt zur Antifaschistischen Aktion

Berlin, 3. Juni. Der führende Sozialdemokrat Christian Schwarz, der jahrelang dem bauerischen Landtag als Abgeordneter der SPD. angehörte und der seit Jahrzehnten Mitglied der SPD. ist, hat einen Aufruf an alle sozialdemokratischen Arbeiter, die ebenso wie er noch der Sozialdemokratie angehören, ertassen.

In dem Aufruf heißt es u. a., daß die letzten politischen Ereignisse es erforderlich machen, daß die rote Einheitsfront des Proletariats unverzüglich hergestellt wird. Schwarz weist ausdrücklich auf den Aufruf der KPD. und der KPD. zur Antifaschistischen Aktion hin und ruft alle sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, die Antifaschistische Aktion zu einer Massenbewegung zu machen. Der Aufruf erschien in der kommunistischen Presse. Er wird dazu beitragen, die kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiter zusammenzuführen.

## Zusammenstöße bei einer Ermittlung

Emden, 3. Juni. Im Arbeiterviertel sollte gestern ein Erwerbsloser ermittelt werden, weshalb sich mehrere hundert Erwerbslose vor dem Hause sammelten. Die Polizei, die zum Schutz der Ermittlung erschienen war, soll aus den Häusern mit Steinen beworfen worden sein. Daraufhin gaben die Beamten zahlreiche Schredschüsse ab. Die Ermittlung wurde nicht durchgeführt.

## Sailan von Japan befehlt

Charbin, 3. Juni. Telegraphenunion meldet, daß die Japaner die 200 Kilometer nördlich von Charbin liegende Stadt Sailan eingenommen haben. Sailan ist als Endhaltestelle der Eisenbahnstrecke Charbin-Sailan militärisch von großer Bedeutung.

## Griechische Regierung wieder gestürzt!

Athen, 3. Juni. Die am 27. Mai nach dem Sturz Venizelos durch den Generalkrieg der Röntgen gebildete Regierung Papandafu ist von der Massenempörung wieder hinweggefegt worden.



Die neue Vapen-Regierung